

Gewerbegebiete klimaneutral planen und weiterentwickeln

Das neue Gewerbegebiet Siefen in Königswinter soll klimaneutral geplant werden. Das sieht ein Antrag der Koalition aus Köwis, SPD und Grünen an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt- und Klimaschutz vor.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele, wie sie im Maßnahmenprogramm der Stadt Königswinter niedergelegt sind, ist es erforderlich, bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete und der Weiterentwicklung bestehender Gewerbegebiete die CO₂-Emissionen zu verringern und die damit verbundenen Reduktionspotenziale auszuschöpfen. Bei der Planung des Gewerbegebiets Siefen, so nun ein Antrag der Koalition in Königswinter, sollen mit Hilfe des neuen Klimaschutzmanagements von vornherein Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt werden.

Ulrike Ries-Staudacher, Mitglied des ASUK und Ratsmitglied der KöWI Fraktion, fordert: „Wir müssen eine klimafreundliche Planung und Vertragsgestaltung sowie über Beratungs- und Unterstützungsleistungen den Klimaschutz auch in diesem Sektor mit voranbringen. Eine Stadt der Zukunft benötigt Gewerbegebiete, die mehr sind als eine Summe ihrer Gebäude.“

Obwohl man Teil der Verantwortung bei den privatwirtschaftlichen Unternehmen sieht, sind die Koalitionspartner davon überzeugt: „Auch die städtische Wirtschaftsförderung und Stadtplanung verfügt über wichtige Handlungsspielräume. Diese müssen offensiv genutzt werden“, so Gerhard Duda von der SPD-Fraktion.

Denkbar wären unter anderem die begünstigte Grundstücksvergabe an Bauwillige, die platzsparende Maßnahmen berücksichtigt, die effiziente Flächenausnutzung durch vertikale Verdichtung, z.B. durch eine vertikale Stapelung verschiedener Gewerbenutzungen, der Verzicht auf die Nutzung fossiler Energien, die maximale und gemeinsame Nutzung und Erzeugung erneuerbarer Energien im Gebiet sowie die Nutzung der Dachflächen für Solarenergienutzung (Photovoltaik oder Solarthermie) kombiniert oder ergänzt mit Gründächern.

Die Erfahrungen mit dem „Siefener Projekt“ will man später auch bei der Gestaltung aller künftigen und möglichen Gewerbegebiete nutzen. „Uns schwebt dabei eine nachhaltige Quartierszertifizierung vor“, so Jasmin Sowa-Holderbaum, planungspolitische Sprecherin der Grünenfraktion. In einem ersten Schritt wird die Verwaltung beauftragt, Aufwand und Nutzen einer Zertifizierung als nachhaltiges Quartier zu prüfen.

(Anlage Antrag)